

Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Kindertagesbetreuung
Mohr, Bettina Telefon: 07071 204-1454
Gesch. Z.: /

Vorlage 108b/2023
Datum 21.07.2023

Mitteilungsvorlage

zur Kenntnis im **Gemeinderat**

Betreff: **Stellungnahme der Verwaltung zur Vorlage 108a/2023**

Bezug: 108/2023, 108a/2023

Anlagen: 0

Die Verwaltung teilt mit:

Zur Stellungnahme des Gesamtelternbeirats zur Vorlage 108/2023 (Nutzungssatzung Kindertageseinrichtungen) nimmt die Verwaltung Stellung.

Punkt 1:

Einen Frühbaustein gibt es in sechs Kinderhäusern, in denen es der Personalschlüssel ermöglicht, diese zusätzlichen Stunden anzubieten (Kindervilla Alexanderpark, Feuerhäggle, Französische Allee, Gartenstraße, Horemer, Hagelloch). Aktuell liegen keine Anträge von Eltern vor, weitere Frühbausteine einzurichten.

Die verschiedenen Voraussetzungen, die in der Spiegelstrichaufzählung beschrieben sind, sind nicht kumulativ zu verstehen, sondern regeln die Voraussetzungen für die unterschiedlichen Gruppenarten. Pro Spiegelstrich wird die Voraussetzung für die im Text beschriebene Gruppenart näher erläutert.

Im Gegensatz zur bisherigen Satzung hat sich hier keine Veränderung ergeben

Punkt 2:

Die Nutzungssatzung regelt das konkrete Vorgehen von der Aufnahme der Kinder in die Kinderhäuser bis zur Abmeldung der Kinder.

Eine Absichtserklärung der Stadtverwaltung, dass Betreuungslücken so bald als möglich geschlossen werden, bezieht sich nicht auf das konkrete Vorgehen von der Aufnahme bis zur Abmeldung der Kinder.

Darüber hinaus bedarf es keiner Absichtserklärung, da die Schließung der Betreuungslücke gesetzlich verankert ist. Der GEB weist selbst auf § 24 Abs. 2,3 SGB VIII hin.

Punkt 3:

Dieser Punkt bezieht sich auf das Vergabeverfahren und nicht auf den Zeitraum, der durch die Nutzungssatzung geregelt wird.

Wie von den Eltern beschrieben, ist das von ihnen gewünschte Vorgehen im Rahmen des vom Gemeinderat beschlossenen Vergabeverfahrens geregelt. Eine Aufnahme dieses Punktes bringt keinen Mehrwert und lässt die Frage offen, warum aus den vielen im Vergabeverfahren geregelten Vorgaben lediglich dieser eine Punkt in der Satzung niedergeschrieben werden soll.

Punkt 4:

Der Schließplan für das folgende Kalenderjahr wurde immer im Juni oder Juli an die Eltern weitergegeben. Dieses Jahr am 3.7.2023 und lag damit im zeitlichen Bereich der davorliegenden Jahre (27.6. / 31.07. / 2.7. / 8.6.).

Der Schließplan wird in Absprache mit allen freien Trägern erstellt und muss nach der gemeinsam erstellen Festlegung beim städtischen Träger einen demokratischen Abstimmungsprozess in den 43 Einrichtungen durchlaufen und danach von der Personalvertretung genehmigt werden.

Der gesamte Prozess wird schon im Frühjahr begonnen und muss den Zeitpunkt abwarten, an dem die Schulen ihre beweglichen Ferientage für das kommende Schuljahr bekanntgeben. Erst danach kann unser Abstimmungsprozess mit allen Beteiligten beginnen. Daher ist eine Vorverlegung leider nicht möglich, wenn die Schließtage an den Schulferien orientiert sein sollen.

Punkt 5:

Durch die in der Satzung verwendete Formulierung „In besonderen Ausnahmefällen ... kann die Universitätsstadt Tübingen die Betreuung einer Kindertageseinrichtung vorübergehend ... einstellen“ wird eindeutig beschrieben, dass dies nur ein vorübergehender Zustand ist.

Der Wunsch des GEB ist daher in der vorliegenden Textversion berücksichtigt.

Im Gegensatz zur bisherigen Satzung hat sich bei der Formulierung keine Veränderung ergeben.

Punkt 6:

Die Zusammenarbeit der pädagogischen Fachkräfte mit den Eltern im Sinne einer Erziehungspartnerschaft und die Kooperation mit allen Fachstellen und Schulen im Sinne des Kindeswohls ist zum einen gesetzlich verankert im § 22 a SGB VIII und zum anderen Grundlage des für alle Kitas verpflichtenden „Orientierungsplans für Bildung und Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten“.

Beides sind für die Kindertageseinrichtungen und somit für die Fachkräfte und den Träger verbindlich umzusetzende Normen.

Der § 22a SGB VIII wurde in die neue Satzung unter § 1 aufgenommen. Somit sind die von den Eltern gewünschten Ergänzungen schon Inhalt in der veränderten Satzung.

Punkt 7:

Die vom GEB zitierte Textpassage findet sich in § 14 (5).

Da die Aufnahme aller Kinder ausschließlich unter Anwendung der Aufnahmekriterien vorgenommen wird, ist eine Konkretisierung mit Hinweis auf die Vergabekriterien nicht erforderlich.

Ein veranschaulichendes Beispiel, welches in den letzten Jahren mehrfach vorgekommen ist, ist folgende Situation: Eltern melden sich zum Teil bis zu einem Jahr vor dem gewünschten Aufnahmedatum an. In den Monaten bis zur Aufnahme des Kindes zieht die Familie dann aus dem Stadtgebiet weg und hat diese Information nicht bei der Zentralen Vergabestelle angegeben. Nachdem das Kind aufgenommen war, wurde dann der Kita über den Umzug berichtet. Aufgrund der Nachfrage, wann der Umzug stattgefunden hat, kam heraus, dass der Umzug zum Teil schon längere Zeit vor der Aufnahme des Kindes stattgefunden hat. Die Zusage erfolgte daher aufgrund falscher Voraussetzungen. Ein Tübinger Kind konnte in der Folge nicht in eine Kita aufgenommen werden.

Wenn ein schon seit langem in die Gruppe integriertes Kind aus dem Stadtgebiet wegzieht, erfolgt in aller Regel keine unterjährige Abmeldung von Trägerseite aus. Das Kind kann bis zum Ende des Kindergartenjahres in der Gruppe verbleiben und verlässt die Gruppe zusammen mit den Kindern, die in die Schule wechseln.

Wenn jedoch die Aufnahme eines Kindes durch nicht korrekte Angaben erfolgt, sollte diese Möglichkeit mit Blick auf die Tübinger Kinder, die keinen Platz bekommen haben, nicht gewährt werden.

Das Beispiel macht deutlich, dass es sowohl eine Entscheidungserheblichkeit, als auch eine Verdrängung eines anderen Kindes gibt.

Punkt 8:

Im letzten Jahr kam es leider zu massiv negativen Äußerungen einzelner Eltern gegenüber den Mitarbeitenden der Kinderhäuser. Lautstark wurden Mitarbeitende unter anderem als „billige Schlampen“ oder „Abscham vor der Welt“ bezeichnet. Darüber hinaus gab es Aussagen wie „Ich bring dich um“ oder die Drohung, dass der betreffende Elternteil weiß, wo die Familie wohnt und die Fachkraft sich daher vorsehen und sich besser überlegen soll, wie sie agiert.

Dieser Absatz hat nicht zum Ziel, dass ein Platz widerrufen werden kann, weil Eltern in der einen oder anderen pädagogischen Situation eine andere Auffassung haben wie die Fachkräfte. Hier geht es um tatsächliche Drohungen oder Beleidigungen. Von einem Missverständnis kann bei den entsprechenden Äußerungen nicht gesprochen werden. Diesem Agieren einzelner Eltern muss der Träger zum Schutz seiner Mitarbeitenden etwas entgegensetzen können.

Die vom GEB geforderte Erziehungspartnerschaft gilt auch für die Eltern. Drohungen und Beleidigungen gehören nicht dazu, sondern zeigen deutlich, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist. Dies extra zu formulieren und eine Textgleichheit mit dem nachfolgenden Absatz zu erzeugen ist aus Sicht der Stadtverwaltung nicht zielführend.

Aus Sicht der Stadtverwaltung ist mit Verweis auf die oben beschriebenen Ausführungen keine Anpassung der Satzung nötig. Daher bittet die Verwaltung um Zustimmung zur Vorlage 108/2023, so dass sie rechtzeitig zum neuen Kindergartenjahr in Kraft treten kann.